

Europa am Scheideweg-

**Vor den Europawahlen und den
ukrainischen Präsidentenwahlen**



**3. Berliner Gespräch des
Deutschen Polen-Instituts
Berlin, 23. Mai 2014**

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Berlin, 23. Mai 2014

Robert Bosch Stiftung, Repräsentanz Berlin

Europa am Scheideweg – Vor den Europawahlen und den ukrainischen Präsidentenwahlen

3. Berliner Gespräch des Deutschen Polen-Instituts

mit

Rebecca Harms MdEP

Roland Freudenstein

Dr. Marzenna Guz-Vetter

Juri Durkot

Moderation:

Dr. Christoph von Marschall

Begrüßung:

Prof. Dr. Joachim Rogall

Prof. Dr. Dieter Bingen

Gefördert von der

Robert Bosch Stiftung

Dokumentation des

überarbeiteten Podiumsgesprächs

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Robert Bosch **Stiftung**

Prof. Dr. Joachim Rogall: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlich willkommen hier in der Berliner Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung zum 3. Berliner Gespräch des Deutschen Polen-Institutes. Das Deutsche Polen-Institut ist ein alter und guter Partner der Robert Bosch Stiftung, deswegen sind wir froh, Sie heute in unserem Hause zu Gast zu haben. Vorgeschaltet war das Gespräch einer deutsch-polnischen Expertengruppe, der Kopernikus-Gruppe.

Wir werden uns jetzt mit den deutsch-polnischen Beziehungen und den



Beziehungen zur Ukraine beschäftigen, in einer Zeit, die sicherlich kaum spannender sein könnte: vor der Präsidentschaftswahl in der Ukraine. Ferner finden am Sonntag auch die EU-Wahlen statt und die ersten Prognosen stimmen einen, was Holland angeht, etwas fröhlich und, was England angeht, etwas pessimistisch. Wir werden sehen, welches Ergebnis wir am Ende haben

werden, ob es ein „self-hating Parliament“ geben wird oder nicht. Heute Abend jedenfalls geht der Blick vor allem nach Osten. Wir haben polnische Gäste hier: *serdecznie witam wszystkim gości z Polski*, und jetzt möchte ich Dieter Bingen, dem Direktor des Deutschen Polen-Instituts, hier das Pult überlassen und freue mich auf einen anregenden, interessanten Abend mit guten Gesprächen, auch anschließend beim Empfang.

Prof. Dr. Dieter Bingen: Guten Abend. Ich begrüße Sie herzlichst zum „Dritten Berliner Gespräch des Deutschen-Polen-Instituts“, besonders den polnischen Botschafter, Dr. Jerzy Margański, die Vorsitzende der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament, Frau Rebecca Harms, die lieben Freundinnen und Freunde aus der Kopernikus-Gruppe. Wie Sie der Einladung zu der Veranstaltung entnehmen konnten, tagt der deutsch-polnische Gesprächskreis Kopernikus-Gruppe zu seiner 29. und letzten Sitzung. Diese öffentliche Diskussion am Vorabend der Wahlen zum Europäischen

Parlament und zum Präsidenten der Ukraine, durch die unsere Beratungen für ein paar Stunden unterbrochen werden, fokussiert die Themen, die für den perfekt zweisprachig parlierenden Gesprächskreis, von Beginn an, seit April 2000, im Zentrum der Debattenanalysen und Empfehlungen standen: die Zukunft der Europäischen Union und der spezifische Beitrag, den Deutsche und Polen zu ihrer Entwicklung leisten können und sollen. Deutschland und Polen gehören mit Frankreich zum Kern der größeren Union. Das zweite Thema, das uns immer wieder und mit zunehmender Beunruhigung beschäftigte, war die Entwicklung bei den östlichen Nachbarn und das Engagement, das Deutsche und Polen hier zeigen sollten. So war es kein Zufall, dass die vier „Fact-Finding-Missions“ die Kopernikus-Gruppe nach Brüssel, Minsk, Kaliningrad (Königsberg) und im Oktober 2012 nach Kiew führten. Lieber Professor Rogall, wenn ich Sie herzlich begrüße, dann verbinde ich das mit dem herzlichen Dank an die Robert Bosch Stiftung für die langjährige Förderung dieses deutsch-polnischen



Gesprächskreises. Wann kommt es schon einmal vor, dass eine Stiftung ein Projekt 14 Jahre lang fördert. Sie haben das sicher nicht aus reiner Sentimentalität getan. Das kann sich die Stiftung nicht leisten. Das Deutsche Polen-Institut dankt Ihnen dafür, dass Sie der Kopernikus-Gruppe Ihre repräsentativen Räumlichkeiten für diese Veranstaltung hier zur Verfügung stellen!

Die Suche nach Mitteln und Wegen für das Verstehen und die Verständigung zwischen Deutschen und Polen, vor allem aber das gemeinsame Interesse der beiden Gesellschaften und Staaten an einem europäischen Raum des Friedens und der Freiheit treibt uns an. Der Zukunft Europas ist auch der heutige Abend gewidmet. So steht es in der Einladung: Die Europäische Union steht vor gravierenden Herausforderungen. Viele Bürger der EU-Staaten sind enttäuscht, was sich vermutlich in Ergebnissen der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai niederschlagen wird. Während

das europäische Projekt vor seiner größten Bewährungsprobe steht, stellt die Europäische Union für ihren östlichen Nachbarn, die Ukraine, mehr denn je einen Hoffnungsanker dar. In manchen Teilen der EU demonstrieren nicht nur junge Menschen aus unterschiedlichen Gründen gegen die Europäische Union. Gleichzeitig sind zu Beginn dieses Jahres auf dem Majdan in Kiew über hundert Menschen bei ihrem Einsatz für die Werte, die für sie in der Europäischen Union repräsentiert werden, zu Tode gekommen. Darüber wollen wir heute Abend sprechen.

Es freut mich daher sehr, dass wir Herrn Botschafter Janusz Reiter als Hauptredner gewinnen konnten. Er ist ein hervorragender Deutschlandkenner und hegt gewisse Sympathien für das Land. Man hört es ihm auch an. Janusz Reiter ist in Deutschland, Polen und transatlantisch bestens vernetzt. Einladungsvorschläge, die ich von ihm vor einigen Tagen noch erhalten habe, belegen das ganz eindeutig. Er wurde 1952 im polnischen Kościerzyna geboren, ein Kaschube also, ich weiß nicht wie bekennend. Nach einem Studium der Germanistik, Philosophie und Soziologie an der Universität Warschau arbeitete er ab 1977 als Redakteur in der Auslandsredaktion der Tageszeitung „Życie Warszawy“. Er war Redaktionsmitglied und Mitbegründer zahlreicher oppositioneller Zeitungen und Zeitschriften. 1984 wurde er Kommentator der Zeitschrift „Przegląd Katolicki“, später auch der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ und des polnischen Fernsehens. Eine Zeit lang war er auch Herausgeber der „Rzeczpospolita“. Er wurde 1990 von dem ersten demokratischen Ministerpräsidenten Polens, Tadeusz Mazowiecki, zum Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland berufen. 1996 gründete er das Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau, welches er als Direktor leitet. Er war Mitbegründer des Rates für Außenpolitik, 2005 bis 2007 Botschafter der Republik Polen in den Vereinigten Staaten und eine Zeit lang auch Klimabotschafter der polnischen Regierung. Für sein Engagement für die deutsch-polnische Beziehungsarbeit wurde ihm 1994 das große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen und 2002 der Viadrina-Preis der Europa-Universität Frankfurt (Oder). Ja, ich glaube, es ist fast alles über ihn gesagt worden. Jetzt sollte er das Wort haben. Doch bevor wir richtig einsteigen, möchte ich noch ein herzliches

Dankeschön für die Kooperation mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Berlin aussprechen!

Janusz Reiter: Ergänzend: mit den gewissen Sympathien für Deutschland, das begleitet mich immer wieder, auch diese Woche. Es wurde mir gerade per SMS berichtet, dass eine oder zwei Zeitungen in Polen sich mit dem Thema meiner Sympathien für Deutschland beschäftigen, aber ich interpretiere das weniger als einen Ausdruck meiner Bedeutung, sondern vielmehr als einen Ausdruck des Wahlkampfes und der wird bald zu Ende gehen, erfreulicherweise. Vielen Dank für die Einladung! Ich muss gleich eine Erklärung abgeben. Ich bin von den Veranstaltern gebeten worden, 15 bis 20 Minuten zu sprechen. Ich hätte das noch vor einigen Jahren für unzumutbar gehalten, eine so kurze Rede zu halten, aber offensichtlich findet ein Kulturwandel in Deutschland statt. Also jetzt wird kurz gesprochen. Ich mache es also kurz.

Es ist nicht die erste Rede über Europa, die ich halte. Das kann ich nicht leugnen und solche Europareden gelten als ein recyclingfähiges Produkt. Also man muss nur ein paar Details ändern und dann kann man eine solche Rede jedes Jahr in jedem



Land halten. Dieser Luxus ist vorbei. Man kann eine Rede, die man vor einem Jahr gehalten hat, jetzt nicht aus der Schublade rausnehmen und so halten, als ob sich nichts verändert hätte. Es hat sich eben einiges verändert und darauf will ich auch eingehen. Man kann auch nicht z.B. in der Stimmung verbleiben, auf die man sich so programmiert hat gerade jetzt im Jahr 2014, dem Jahr der verschiedenen erfreulichen Jahrestage, insbesondere in Polen, aber auch in ganz Europa. Zehn Jahre erweiterte, damit gestärkte Europäische Union, 15 Jahre erweitertes und in seinem Selbstverständnis gefestigtes Nordatlantisches Bündnis, und insbesondere 25 Jahre Freiheit und Demokratie in den Ländern Mittel- und Osteuropas, ein wahrer Triumph der europäischen Idee, ein Höhepunkt europäischer Solidarität. Wir sollten und wir werden diese Jahrestage feiern. Das

sollten wir uns nicht nehmen lassen, aber wir sollten das nicht tun, um uns gegenseitig auf die Schulter zu klopfen, sondern um uns die Frage zu stellen: Haben wir die Kraft, dieses großartige europäische Projekt weiter zu entwickeln? Und was müssen wir tun, damit es sich bewähren kann in einer Welt, in der es von manchen bewundert, beneidet, von anderen aber abgelehnt oder gar verachtet, vor allem aber herausgefordert wird? Das europäische Projekt beruht auf einer Art Vereinbarung: Die europäischen Nationen verzichten auf einen Teil ihrer nationalen, staatlichen Souveränität und bekommen im Gegenzug zwei verlässliche Zusagen. Die erste sagt, dass der Wohlstand, wenn auch in unterschiedlichem Tempo und vielleicht manchmal mit Verzögerungen, doch wachsen wird, und zwar in einer Art und Weise, die zu einer näheren inneren, also innergesellschaftlichen, aber auch internationalen Kohäsion in Europa beiträgt. Das heißt, man darf in den Gesellschaften ein Mindestmaß an Solidarität erwarten. Keine Gruppe sollte ausgeschlossen werden aus den Vorzügen des Wohlstands und des wirtschaftlichen Wachstums. Gleichzeitig soll sich auch – das ist eben ein weiterer Teil dieser Vereinbarung – das Wohlstandsgefälle zwischen den einzelnen Ländern allmählich abbauen. Beide Zusagen werden zurzeit nicht oder kaum eingehalten. Die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem in der jungen Generation in einigen Ländern, sorgt dafür, dass Zweifel an dem europäischen Modell aufkommen und anstatt der erwarteten Kohäsion zwischen den Mitgliedsländern haben wir weitere Diskrepanzen zwischen ihnen. Zwischen den erfolgreichen, die mit dem Druck der Globalisierung gut zurechtkommen, und denen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und darunter leiden. Selbstverständlich ist das absolute Wohlstandsniveau praktisch überall gestiegen, aber die Zuversicht, dass die Europäische Union die Wohlstandsunterschiede immer mehr abbaut, ist einer Frustration und verletztem Stolz gewichen.

Das andere Versprechen bezieht sich auf den Frieden. Die Union nennt sich zu Recht eine Friedensgemeinschaft. Frieden, wie wir ihn verstehen und uns hier an ihn gewöhnt haben, bedeutet mehr als „kein Krieg“. Die europäische Ordnung beruht auf gemeinsam vereinbarten Regeln, die Vertrauen schaffen sollen und die eine Art Machtgleichgewicht zwischen Ländern erlauben, die unterschiedliche Größe und unterschiedliches Gewicht

haben. Dieses System hat dazu beigetragen, dass alte Rivalen, wie Deutschland und Frankreich, ihren geopolitischen Interessenkonflikt beilegen konnten. Kein Erfolg, den man vernachlässigen kann. Der jüngste Erfolg dieses Systems ist der polnisch-deutsche Ausgleich. Er wäre ohne das europäische Umfeld und die multilateralen Regeln dieses Umfelds und der spezifischen politischen Kultur der Europäischen Union kaum möglich. Womit ich nicht die Verdienste, oder wenn Sie so wollen, die Weisheit der Menschen in beiden Ländern irgendwie relativieren will. Ich meine nur, diese Weisheit kann nur in einem europäischen Umfeld erfolgreich sein. Es wäre gut, das nicht zu vergessen. Diese politische Ordnung Europas steht vor einer schweren Herausforderung. Nicht nur wegen der wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die das Vertrauen zwischen den Europäern gefährden, obwohl auch dieses Problem nicht auf die leichte Schulter genommen werden kann. Die größte Herausforderung stellt die Begegnung mit der Außenwelt dar und die Europäer neigen manchmal dazu, zu vergessen, dass es mehr in der Welt gibt als die Innenwelt der Europäischen Union, und tun so, als ob der Rest der Welt eine Ausnahme wäre von der „Regel-EU“ und nicht umgekehrt. Aber es ist eher umgekehrt der Fall. In den meisten Teilen der Welt, und auch das wird immer wieder vergessen, gelten in den internationalen Beziehungen immer noch Regeln, die wir eindeutig ablehnen oder abgelehnt haben und dazu gehören unter anderem Gewaltanwendung und auch der Anspruch auf Einflusszonen. So lange noch diese Art von Machtausübung in fernen Kontinenten praktiziert wird, können wir das kritisieren, ohne uns aber wirklich betroffen zu fühlen. Nur anders sieht es aus, wenn die Konfrontation dieser zwei Politikverständnisse in Europa stattfindet, in unserer unmittelbaren Umgebung, wie jetzt in der Ukraine. Und dazu eben mit russischer Beteiligung, das macht die Sache, darauf werde ich gleich eingehen, so beständig kritisch.

Lassen Sie mich über den so genannten Ukraine-Konflikt sprechen. Ich sage „so genannter“, weil ich glaube, dass dieser Begriff etwas irreführend ist, aber ich benutze dieses Wort, nur weil alle wissen, worum es geht. Dieser Konflikt, so könnte man meinen, lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Wir haben hier die gewaltsame Annexion ukrainischen Territoriums durch Russland. Wir haben hier die planmäßige Destabilisierung des

ukrainischen Staates, zum Teil mit sehr modernen technologischen Mitteln, und wir haben hier eine massive Propagandakampagne, die auch in den westlichen Ländern stattfindet. In den europäischen Gesellschaften, von denen immer wieder gesagt wird, sie lebten in einer postmodernen Realität, müsste das eigentlich einen Schrei der Empörung auslösen. Also all das schlimmste, was wir Europäer immer abgelehnt haben. Stattdessen haben wir aber ein ganzes Spektrum von sehr unterschiedlichen Reaktionen an den Tag gelegt. Von eindeutiger Verurteilung über relativierendes Verständnis bis hin zu offener Unterstützung. Man kann aus diesen Reaktionen manches über Europa, über den Zustand Europas lernen. Dass die Ukraine im Bewusstsein vieler Europäer ein weit entferntes und emotional fremdes Land geblieben ist, kann man als bedauerlich, aber nicht wirklich überraschend bezeichnen. Leider! Die westliche Wahrnehmung der Ukraine wurde weitgehend von Russland beeinflusst und das bleibt nicht ohne politische Folgen. Doch auch eine schwache Identifikation mit den Opfern der Aggression muss nicht gleich zur Rechtfertigung des Aggressors führen. Eine Erklärung liegt möglicherweise in einem Phänomen, das ich „europäischer Exzeptionalismus“ nenne. Dieser ist, anders als der amerikanische Exzeptionalismus, eher exklusiv, d. h. die Länder, die sich von diesem europäischen Modell angezogen fühlen, werden auf Distanz gehalten. Zumindest aus diesem Grund ist der Verdacht, dass die Europäische Union eine Art machtpolitischen „Proselytismus“ betreibt, realitätsfern, um nicht zu sagen absurd. Das ist ihr vollkommen fremd. Das Problem besteht vielmehr darin, dass die Europäer auf das selbstbewusste und aggressive Vorgehen Russlands nicht vorbereitet waren und nicht vorbereitet sind. Die Konfrontation mit der Realität der Außenwelt findet eben nicht im fernen Osten statt, sondern in der östlichen Nachbarschaft der Europäischen Union. In einer Region also, die über Jahrhunderte Schauplatz von machtpolitischen Rivalitäten war und die Aggression gegen die Ukraine hat daran erinnert, dass diese ganze Tradition nicht völlig untergegangen ist. Sie wurde nur in der Europäischen Union für überwunden erklärt. Die Ukraine, das große Zwischenland, wie viele sagen, droht ein Schauplatz für diese Art von Politik zu werden.

Hat das niemand kommen sehen? Über mögliche Szenarien für die Ukrai-

ne wurde seit langem, seit den neunziger Jahren in verschiedenen Kreisen diskutiert, auch über die negativen Szenarien. Die Angst, Russland zu verlieren, spielte in der Formulierung der Ukraine-Politik eine ganz wichtige Rolle. Lange wurde in Europa, aber auch in den USA, die Hoffnung gehegt, Russland auf einen prowestlichen demokratischen Kurs bringen zu können. Als diese Erwartung enttäuscht wurde, blieb die Rücksichtnahme auf Russland als Partner bei der Lösung von weltpolitischen Konflikten. Auch diese Hoffnung ging nur zum Teil in Erfüllung. Plötzlich müssen wir also damit rechnen, sowohl Russland, als auch die Ukraine zu verlieren, und das ist keine sehr ermutigende Bilanz dieser Politik. Deshalb glaube ich, dass man sagen muss, dass diese Politik ihre Grenzen erreicht hat, und man muss darüber nachdenken, was nach diesen Erfahrungen die richtige Politik ist. Ich sage das ohne jegliche Überheblichkeit. Polen hat diese Politik zum Teil, in den letzten Jahren jedenfalls, mitgemacht und ich habe das auch unterstützt. Ich fand das auch richtig. Ich glaube, das Konzept, so wie es in Polen entwickelt wurde, hatte auch eine gute Begründung. Polen und Russland sollten miteinander reden oder gar zusammenarbeiten, wo das nur möglich war. Diese pragmatische Kooperation wurde begleitet von einem Dialog über die schwierigen Fragen der Vergangenheit und sie wurde von der Hoffnung begleitet, dass dadurch auch vielleicht der langfristige Interessenswiderspruch, der insbesondere die Zukunft des Raumes zwischen Polen und der Europäischen Union betraf, entschärft werden könnte. Die Hoffnung war, dass man durch diese Zusammenarbeit in der Frage der Zukunft der Ukraine und von Belarus eine Entschärfung erreichen konnte. Diese Politik hat nicht zu den erwarteten Ergebnissen geführt. In der Ukraine spitzte sich die innenpolitische Krise aus den bekannten Gründen zu. Als das Volk die Bühne betrat, beschleunigte sich diese Entwicklung und dann war Russland offensichtlich nicht mehr bereit, auf die Entscheidung der Geschichte zu warten, sondern betrat auch die Bühne im Namen der Geschichte. Die Erklärungen, dass die Europäische Union und die Vereinigten Staaten insbesondere für die Ukraine-Krise zumindest mitverantwortlich seien, können als Ausdruck von Unsicherheit verstanden werden, aber sie können auch gefährliche politische Konsequenzen für die Zukunft Europas haben. Die Legende, insbesondere dass der Westen die Zusage an

Moskau nicht eingehalten habe, die NATO nach Osten nicht zu erweitern, ist nicht neu, sie erlebt sogar eine Renaissance. Sie ist historisch unhaltbar, wie unter anderem der berühmte Historiker Prof. Winkler vor kurzem sehr eloquent dargelegt hat. Sie ist deshalb politisch problematisch, weil sie auf eine Delegitimierung der NATO-Erweiterung und im Grunde genommen der NATO überhaupt hinausläuft. Die Vertreter dieser Theorie in Deutschland haben übrigens vergessen, dass die erste NATO-Erweiterung in Deutschland im Jahre 1990 stattfand, in dem Jahr, in dem die neuen östlichen Bundesländer in die EU, aber auch in die NATO aufgenommen wurden. Kein Mensch kommt auf den Gedanken zu suggerieren, dass Deutschland mitverantwortlich für die russische Ukraine-Politik ist. Der Kampf um die Deutungshoheit in dem Ukraine-Konflikt ist eine neue Auflage des alten Streites um die Gestalt der europäischen Ordnung. Die Auseinandersetzung darüber fand schon in den 1950er Jahren statt, und zwar insbesondere auf deutschem Boden. Sie wurde zu Gunsten der so genannten Westbindung entschieden, ohne die es auch die europäische Integration nicht gegeben hätte, und heute, 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges, kann man sich nicht mehr darauf verlassen, dass die Entscheidungen, die damals getroffen wurden, als selbstverständlich betrachtet werden. Aus vielen Gründen. Die disziplinierende Kraft des Kalten Krieges ist verschwunden. Die Identifikation mit der EU hat auch nachgelassen und vor allem das historische Gedächtnis heute ist bei vielen jüngeren Menschen ein anderes, als das bei den früheren Generationen der Fall war. Dazu haben wir heute als Herausforderer eben den großen Nachbarn im Osten, Russland, das sich mit der Westbindung nie anfreunden konnte und wohl auch nie so richtig abgefunden hat. Europa ist, glaube ich, in dieser Lage gut beraten, seine Kräfte realistisch einzuschätzen.

In Europa haben wir zwei entscheidende strategische Vorteile. Einer liegt in der Attraktivität des europäischen Integrationsmodells, weil durch dieses Modell sozusagen die Transaktionskosten in den internationalen Beziehungen gesenkt werden. Das Modell ist auf dem Prinzip Vertrauen aufgebaut. Es ist bekannt – auch in der Wirtschaft –, dass dort, wo Vertrauen herrscht, die Transaktionskosten sinken. Wo Misstrauen herrscht, muss man sich absichern. Das kostet viel mehr. Und der zweite Vorteil, den wir

haben, ist der, dass wir die Vereinigten Staaten haben, in der Allianz, in der NATO und das bedeutet, wir haben eine sehr kosteneffiziente Sicherheit. Also kosteneffizienter als mit Amerika in der NATO geht es einfach nicht. Erstaunlicherweise gibt es immer wieder viele, die gerade auf diesen Trumpf verzichten wollen. So als ob sie nicht rechnen könnten, und das, ohne eine überzeugende Antwort auf die Frage zu haben, wie Europa selbst diese Lücke schließen könnte. Die Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren viele schwere Fehler gemacht und verdienen Kritik dafür. Nur wenn wir auf der Suche nach perfekten Partnern die guten verlieren, dann drohen wir am Ende allein zu bleiben. Ich glaube, dass die wachsende Distanz zu Amerika Europa deshalb strategisch schwächt. Jetzt stehen wir vor den strategischen TTIP-Verhandlungen. Diese werden zwar in dem transatlantischen Verhältnis vielleicht nicht gerade identitätsprägend sein, aber sie sind ein wichtiger Test dafür, ob wir eine Neubegründung für das transatlantische Verhältnis zu formulieren imstande sind. Ich hoffe ja! Europa braucht also eine neue strategische Diskussion. Wenn wir sie scheuen, dann werden andere sie führen und uns in die Defensive drängen. Wie schon immer in der Vergangenheit wird diese Diskussion insbesondere auch in Deutschland stattfinden. Deutschlands Verankerung in den Westen ist über Jahrzehnte gewachsen, aber sie ist historisch nicht unbedingt ein Zustand, der Jahrhunderte oder Jahrtausende dauert. Sie beruht eben auch auf einer Entscheidung und diese Entscheidung kann theoretisch in Frage gestellt werden. Ich glaube, die beste Methode, sie zu bestätigen, ist es, über ihren Sinn und über ihre Konsequenzen heute offen und kritisch zu diskutieren. Wir Europäer müssen dabei die Bescheidenheit haben zu sagen, dass die neue Freiheit, die wir gewonnen haben, in der Folge des Endes des Kalten Krieges auch dazu benutzt werden kann, Fehler zu machen, und deshalb müssen wir gerade über den Sinn von Entscheidungen, die wir heute bestätigen wollen, offen und kritisch miteinander diskutieren. Das Ergebnis der Europawahlen am nächsten Sonntag wird uns wahrscheinlich die Notwendigkeit einer solchen Diskussion sehr klar vor Augen führen. Und die Wahl in der Ukraine erinnert uns daran, dass Europas Schicksal sich nicht nur innerhalb der EU selbst entscheidet. Die Schlussfolgerungen aus den beiden Wahlentscheidungen am Sonntag werden sicherlich nicht

unumstritten sein. „Abschottung oder Öffnung“ – über diese Frage wird sicherlich heftig gestritten. In diesem Streit liegt auch eine Chance. Europäer bekommen hoffentlich wieder das Gefühl, dass sie nicht alternativlosen Konzepten folgen müssen, sondern dass sie Entscheidungen treffen können. Vielen Dank!

Dieter Bingen: Vielen Dank, Janusz Reiter, für diese Einführung in die folgende Diskussion, die geleitet wird von Dr. Christoph von Marschall, diplomatischer Korrespondent des „Tagesspiegel“, Mitglied der Kopernikus-Gruppe, Polen-Experte, USA-Experte, Biograph von Barack Obama. Sie sind jetzt gebeten, hier auf die Bühne zu treten, und ich gebe ab an Christoph von Marschall, der die Podianten und die Podiantinnen vorstellen wird, soweit sie noch nicht vorgestellt worden sind. Bitte schön!

Christoph von Marschall: Vielen Dank, Janusz Reiter, für diese eindrucksvolle und auch fordernde Rede, danke, Dieter Bingen, für die Organisation, das gilt natürlich auch für den Hausherrn hier, Joachim Rogall, mit dem ich mit leichter zeitlicher Versetzung Polnisch in Mainz gelernt habe, vor ungefähr 30, 32 Jahren, so lange ist das schon her!

Wir haben heute eine interessante Aufgabe. Wir versuchen die Gleichzeitigkeit von zwei Wahlen, der Europawahl und der Ukrainewahl, miteinander zu verschränken. Darin ist bereits eine These enthalten. Denn es setzt ja voraus, dass es Gemeinsamkeiten und Schnittmengen gibt. Die Veranstalter waren so nett, das auch optisch zu untermalen. Da fällt erst einmal auf, dass die Farben Europas und der Ukraine dieselben sind: blau und gelb. Das reicht aber noch lange nicht aus. Denn man könnte natürlich viele Gegenbeispiele zur Gemeinsamkeit aufführen, auch emotionale. In der EU stehen wir vor einer Wahl, bei der wir damit rechnen, dass vielleicht dreißig bis vierzig Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen. Dieter Bingen hat in der Einleitung schon darauf hingewiesen, dass wir im Osten Länder haben, die in diese EU hinein wollen und in denen Menschen ihr Leben dafür opfern. Das ist natürlich eine ganz starke Diskrepanz. Auf dem Podium haben wir eine sehr internationale Mischung. Alle haben zudem mehrere nationale oder Funktionshüte auf. Gesprächspartnerin Rebecca Harms ist die Vorsit-

zende der Grünen im Europäischen Parlament, ist aber auch schon seit Jahren mit Ost- und Mitteleuropa verbunden. Osteuropa geht mir schwer über die Zunge, weil Polen doch Mittel- oder vielleicht Ostmitteleuropa ist. Bei der Ukraine sind wir dann am Rande Ostmitteleuropas oder gerade so in Osteuropa. Ich will jetzt nicht



reden als Land, das „auf der Grenze, an der Grenze“ liegt. Rebecca Harms ist in Brüssel, aber auch in Niedersachsen unterwegs und seit Jahren auch in Mittel- und Osteuropa. Marzenna Guz-Vetter ist gebürtige Polin, die in Berlin bei der Vertretung der EU-Kommission arbeitet. Wir haben Roland Freudenstein, einen Deutschen, der Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau war und heute in Brüssel bei einem europäischen Think-Tank arbeitet, der über das EU-Parlament finanziert wird. Und wir haben, das ist jetzt eine Abweichung von der Einladung, Juri Durkot aus Lemberg, der, wie Sie gleich hören werden, irgendwie klingt, als sei er in Deutschland aufgewachsen. Er hat hier oft und viel gearbeitet. Er war Pressesprecher der ukrainischen Botschaft nach der Auflösung der Sowjetunion. Er hat aber auch im Bundestag gearbeitet. Heute arbeitet er für deutsche Medien, hilft dort immer wieder aus. Sein eigentlicher Aufenthaltsort ist Lemberg und die Abweichung besteht darin, dass Andrij Portnov, den Sie noch in der Einladung sahen, aus privaten Gründen verhindert ist. Wir freuen uns umso mehr, Juri Durkot, dass Sie kommen konnten. Und damit springen wir mitten in die Debatte hinein. Wir wollen am Anfang nur kurze Statements hören, was aus Ihrer jeweiligen Perspektive wichtig und was das Verbindende zwischen der Ukrainewahl und der Europawahl ist. Frau Harms, wie viel Gemeinsamkeiten gibt es da?

Rebecca Harms: Es ist natürlich nicht ohne Grund gewesen, dass nach der Aushandlung des kurzandauernden Kompromisses zwischen dem Weimarer Dreieck und der damaligen Janukowytch-Regierung, dass das

ukrainische Parlament den Wahltermin auf den 25. Mai festgelegt hat. Ich fand das konsequent und in logischer Fortsetzung dieses ganzen Kampfes muss man doch sagen, dass die Leute in Kiew über den Winter ja für ihre Europaorientierung viel durchgestanden haben. Ich fand nur konsequent, dass sie diese symbolische Entscheidung getroffen haben, den Wahltermin des ukrainischen Präsidenten auf denselben Tag wie die Europawahl zu legen. Sie hatten damals damit gerechnet, dass die große Sympathie, die es in Europa und auch in Deutschland für die Euromajdan-Bewegung gegeben hatte, dass diese große Sympathie sie auch mittragen würde in diesen Wahlkampf um den neuen Präsidenten. Ich glaube, niemand hat bei dieser Entscheidung damit gerechnet, dass das passieren würde, was Janusz Reiter schon angesprochen hat. Dass nämlich diese Vorbereitung der ukrainischen Wahlen unter ganz großen Druck geraten würde. Also ich zumindest habe nicht damit gerechnet, dass Russland mit einer ethnischen Begründung als Reaktion auf die Absetzung von Janukowytsch anfangen würde, Grenzen im Osten des Kontinents zu verschieben, und es nicht für möglich



gehalten, mit welcher Aggression zwischen einer russischsprachigen Bevölkerung und den desorientierten Bürgern des Ostens der Ukraine wir es danach zu tun bekommen würden. Das, was sich da entwickelt hat, das war, meiner Meinung nach, in dieser Ausformung nicht vorstellbar und gerade nicht für Leute, die den Osten der Ukraine, die Krim oder wunderbare Städte wie Odessa

kennen, weil das nie spürbar gewesen ist, was da entfacht werden konnte. Das ganze überschattet jetzt die Europawahl. Es ist nicht so, dass das, was in der Ukraine passiert, die Bürger überall in Europa positiv herausfordert in diesem Nachdenken und in dem Eintreten für Europa, sondern die ganze Debatte überschattet diesen Wahlkampf, und zwar auf eine sehr schwere Art und Weise. Nicht als eine Herausforderung für eine kluge Diskussion, sondern als eine echte Bürde. Ich merke eben zunehmend, dass

die Sympathie, die im November, Dezember, Januar für den Euromajdan da war, dass die Sympathie einer, sagen wir mal vorsichtig, einer sehr großen Desorientierung weicht und dass eine Einordnung dessen, was da jetzt passiert, für viele Bürger gerade hier in Deutschland wahnsinnig schwierig geworden ist. Ich gebe mir die größte Mühe, mich diesen Debatten überall zu stellen. Es ist sehr schwierig geworden und es fängt immer wieder mit der großen Fehleinschätzung an, die inzwischen von Leuten wie Helmut Schmidt vertreten wird, dass nämlich die EU der Ukraine aufgezwungen habe, eine Entscheidung zwischen Russland und Europa zu treffen. Die EU sei mit ihrem schlechten diplomatischen Korps gar nicht in der Lage, solche Projekte zu schultern, und ob das alles klug war mit der Östlichen Partnerschaft, das ist sozusagen der Zukunft anheimgestellt.

Mit vielen Politikern haben sich große Teile der Bevölkerung, nicht nur in Deutschland – aber in Deutschland ist es besonders spürbar – von der bisherigen Strategie dieser Östlichen Partnerschaft in der Ukraine-Strategie verabschiedet. Die sind noch nicht zurückgewonnen für eine solche Strategie und nach dem Europawahlkampf wird man sehen, wie das alles ausgeht, aber nach dem Europawahlkampf wird es meiner Meinung nach wirklich darum gehen herauszufinden, nicht was eine neue deutsche Ostpolitik ist, das wird ja in Deutschland viel betont, sondern was die gemeinsame europäische Politik gegenüber Russland und Osteuropa ist. Ich sage ausdrücklich gegenüber Russland, weil ich glaube, dass das bisherige Konzept, die Idee „Wandel durch Handel“, mit der Verschiebung der Grenze auf der Krim mit einer ethnischen Begründung eindeutig an eine Grenze gestoßen ist.

Christoph von Marschall: Marzenna, du bist im Berliner Büro der EU-Kommission für die Östliche Nachbarschaft zuständig. Das ist das eine, was die Dinge verbindet. Aber jetzt mit Blick auf den Wahlsonntag: Für Polen ist die Ukraine direktes Nachbarland. Damit sind die Ereignisse dort wesentlich unmittelbarer Thema im Europa-Wahlkampf, als man das von Deutschland sagen kann. In Deutschland haben wir immerhin noch eine sehr intensive Debatte über die Ukraine. Aber wenn man noch weiter in den Westen geht, nach Spanien oder Portugal oder Großbritannien,

dort wird im Europa-Wahlkampf gar nicht über die Ukraine diskutiert. Wie sind diese beiden Debatten – Ukraine-Wahl und EU-Wahl – in Polen miteinander verschränkt?

Marzenna Guz-Vetter: Es ist etwas gewagt, mich danach zu fragen, weil ich in Berlin wohne und arbeite, also insofern kenne ich natürlich in den Grundzügen die polnische Debatte, aber ich verfolge sie nicht täglich. Mein Eindruck ist natürlich, dass die Ukraine-Debatte in Polen einfach emotionaler geführt wird, weil das Polens Nachbarland ist, und dass man sich da auch, weil man an die Ukraine grenzt, näher dran fühlt. Insofern spielt das sicherlich in der öffentlichen Debatte in Polen eine andere Rolle als hier in Deutschland. Ich denke, es ist wichtig, was Frau Harms hier gesagt hat zu der Rolle der EU und das begegnet mir auch immer wieder bei der Diskussion, die wir hier auch vor Ort in Berlin haben, oder wenn ich unterwegs bin. Man kann vieles an der EU kritisieren, deswegen bangen wir so sehr, dass möglichst viele Leute an der Europawahl teilnehmen, auch wenn sie enttäuscht sind und meinen, es würde zu viel reguliert, Brüssel würde sich überall einmischen. Wir werden sicherlich auch daraus Lehren ziehen müssen für die nächste europäische Kommission und ihre Arbeit. Wenn es jetzt um die Östliche Partnerschaft und die Ukraine geht, so wurde das



einfach im Einvernehmen mit allen Mitgliedsländern ausgehandelt. Man hat dazu ein Einverständnis gegeben und dieses Abkommen mit der Ukraine war auch nie gegen Russland gerichtet gewesen. Es steht auch nichts im Wege, dass die Ukraine ein Handelsassozierungsabkommen mit der EU hat und ein Freihandelsabkommen mit Russ-

land. Russland würde auch sehr von so einem Abkommen zwischen der Ukraine und der EU profitieren, denn es gibt viele Unternehmen in Russland, die die Produktion in Russland anfangen, aber die Endfertigung in der Ukraine machen, und dann hätten sie natürlich auch einen größeren

Zugang zum europäischen Markt. Der Prozess geht auch weiter. Die Staats- und Regierungschefs haben sich mit der Ukraine verständigt, den politischen Teil des Abkommens zu paraphieren. Es ist jetzt eine sogenannte „Ukraine-Support-Group“ mit dreißig Beamten innerhalb der Europäischen Kommission gegründet worden. Es ist ein Prozess, dass man eine starke Gruppe von Leuten aus verschiedenen Direktionen der EU-Kommission zusammenbildet, die immer wieder in die Ukraine fahren und den ganzen Reformprozess dort begleiten. Es gibt eine spezielle Reform-Agenda für die Ukraine, wo es um die Bekämpfung der Korruption geht, die Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben und um die Stärkung des staatlichen Aufbaus. Dafür wurden schon 250 Millionen Euro freigegeben und 10 Millionen für die Zivilgesellschaft. Das heißt, es ist in unser aller Interesse, dass die Wahl in der Ukraine friedlich abgehalten werden kann und vor allem, dass dem die Benennung eines Präsidenten folgt, sodass wir in der Ukraine eine Stabilität erreichen und wir diesen Reformprozess weiter fortführen können.

Christoph von Marschall: Juri Durkot, Sie kommen direkt aus Lemberg. Wenn man auf diesen Sonntag schaut: Beschäftigt man sich in der Ukraine mit der Tatsache, dass die dortigen Wahlen parallel zu den Europawahlen stattfinden? Oder ist man so mit dem beschäftigt, was sich gerade im Donbass, in Mariupol und in Odessa abspielt, dass die Menschen das jetzt gar nicht so direkt im Blick haben oder zumindest diese zeitliche Parallele für sie keine Priorität hat?

Juri Durkot: Ich glaube, es ist ein gewisser Zufall, dass die Wahlen in der Europäischen Union und in der Ukraine wirklich an demselben Tag stattfinden. Ich glaube nicht, dass sich das Parlament darüber im Klaren war, als man beschlossen hatte, für die Präsidentschaftswahlen den 25. Mai festzulegen. Hätte Janukowytsch sich eine Woche später in Luft aufgelöst, wäre das auch gar nicht mehr möglich gewesen, weil die kürzeste Frist für den Wahltermin laut dem ukrainischen Gesetz drei Monate beträgt. Aber sehr oft haben Zufälle in der Geschichte auch eine große symbolische Bedeutung. Es ist übrigens auch ein Zufall, dass Janukowytsch zwei Mal eine

Revolution in der Gesellschaft hervorgerufen hat. Es wäre interessant zu vergleichen, warum die ähnlichen Tendenzen in der ukrainischen und in der russischen Gesellschaft ab Ende der 1990er Jahre, nämlich die Stärkung der autokratischen Tendenzen, zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben. Aber immerhin muss man sagen, dass Europa oder die Eu-



ropäische Union – wir reduzieren oft Europa auf die Europäische Union – für den ukrainischen Wahlkampf eine viel größere Rolle spielt als die Ukraine für den europäischen Wahlkampf. Im Grunde genommen fühlt sich jeder ukrainische Politiker oder jeder ukrainische Präsidentschaftskandidat heute dazu verpflichtet, irgendwas zum Thema Europa zu sagen, z.B. zum Thema Visumabschaf-

fung oder zum Thema europäische Standards- und Wirtschaftsreform. Oder man verteufelt Europa. Das machen aber eigentlich nur marginale Kandidaten. Die stellen Europa in den Kontext der Verschwörung des Westens im postsowjetischen Raum oder sehen in ihm eine total dekadente Gesellschaft, die – das letzte Beispiel hat für besonders große Diskussionen gesorgt – beim Eurovision Songcontest Conchita Wurst den Sieg beschert. Das heißt, jeder fühlt sich verpflichtet, irgendwas zum Thema Europa zu sagen, dabei sind die wichtigsten Kandidaten in der Ukraine zum ersten Mal alle proeuropäisch, insofern man die ukrainischen Politiker in dieser Situation überhaupt als proeuropäisch bezeichnen kann. Auch in der Gesellschaft führt man die Debatten genauso. Die einen finden, die Europäer machen zu wenig und sie sollten einen viel stärkeren Druck auf Russland ausüben und viel schärfere Sanktionen verhängen. Die anderen meinen, die Europäer hätten genauso wie die Amerikaner den Majdan finanziert und manipuliert. Noch nie ist die Zahl der Anhänger der europäischen Idee in der Ukraine so groß gewesen. Heute sind fast 70% für die Europäische Union. Und noch nie war die Idee der Integration im postsowjetischen Raum so stark verbreitet wie heute. Man könnte sagen, Europa könnte die Uk-

raine heute um einiges beneiden, z. B. um die Wahlbeteiligung. Die wird in der Ukraine am kommenden Sonntag voraussichtlich bei knapp 80% liegen und in der zentralen und in der West-Ukraine sagen sogar mehr als 90% der Wahlberechtigten, dass sie bestimmt zu dieser Wahl gehen werden. Oder man könnte das Land auch um den tatsächlichen Einfluss beneiden: um die tatsächliche Rolle der Nationalisten und der extremen Linken. Zwei Kandidaten, die zum nationalistischen rechten Spektrum gehören, bekommen laut der jüngsten Umfrage zusammen 1,2%. Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir uns auch bei den russischen Propagandisten dafür bedanken, dass diese manchmal wirklich ganz plumpe russische Propaganda dazu geführt hat, dass die Nationalisten, die ja auch schon vorher keine richtige Unterstützung in der Gesellschaft hatten, weitere Unterstützung verloren haben. Das könnte man alles sagen, wenn die Sache nicht so schwer, nicht so kompliziert und nicht so traurig wäre. Im Grunde genommen haben wir heute eine Situation, wo eine Region, nämlich die Krim, für lange Zeit in einem ganz unklaren Status bleiben wird. Kein ukrainischer Politiker wird irgendwann auf die Krim verzichten können, und wir haben vielleicht eine noch schlimmere Situation im Donbass. Und hier kommt etwas, was man in Europa sehr oft pauschal als „den ukrainischen Osten“ betrachtet. Es handelt sich nicht pauschal um den ukrainischen Osten und nicht pauschal um den ukrainischen Südosten, der angeblich sehr stark prorussisch ist. Das ist auch der Fehler, den die russische Politik sehr oft gemacht hat. Die ethnischen Russen in der Ukraine schwärmen nicht davon, am nächsten Morgen im russischen Großreich aufzuwachen. Es handelt sich um den Donbass. Und der Donbass, das ist auf der einen Seite das größte Kohlerevier, der größte Kohle- und der größte Stahlproduzent in der Ukraine, auf der anderen Seite aber auch der größte Nettoempfänger des ukrainischen Haushalts. Also eine ganz spezifische Region. Nur, je länger dort die Kämpfe andauern und je länger dort Menschen sterben, desto problematischer wird es sein, zur Normalität zurückzukehren.

Christoph von Marschall: Lassen Sie mich ganz kurz eine Frage stellen. Sie sagen, es gab noch nie so viel Zustimmung zu Europa oder zur EU in der Ukraine wie heute. Woran lässt sich das festmachen? Ist das etwas

Breites? Die einen denken Wohlstand, die anderen Stabilität, der nächste Sicherheit gegen Russland oder was auch immer. Was verbinden Sie damit? Was, glauben Sie, verbinden Ihre Landsleute damit, wenn sie von hoher Zustimmung zu Europa sprechen?

Juri Durkot: Ich glaube, die Motive sind ganz unterschiedlich. Für die Menschen im Westen des Landes spielt die Grenznähe eine besonders große Rolle und da hofft man natürlich auf die vereinfachte Prozedur bei der Grenzüberschreitung, auf Visumabschaffung oder größere Visumserleichterungen. Für die Menschen im Osten ist es eine andere Situation, aber wir haben zum ersten Mal festgestellt, dass in drei Regionen im Osten und im Süden des Landes die Anhänger der europäischen Integration deutlich in der Mehrzahl sind. Das war für mich persönlich auch eine Überraschung, diese deutliche Mehrheit in Dnjepropetrowsk oder in Mykolajiw, aber dort verbinden die Menschen etwas anderes mit Europa. Vielleicht ist es noch eine romantische Vorstellung, aber ich würde sagen, im Grunde dieser Vorstellung liegen die Werte, liegt der Wunsch, in einem nicht korrupten Land oder zumindest einem weniger korrupten Land mit mehr Rechten und mehr Freiheiten zu leben.

Christoph von Marschall: Zuspitzung, Konfrontation bedeuten auch Schärfung von Entscheidungen oder von Motivationen. Noch eine Rückfrage – was passiert in diesem Gebiet, über das Sie gesprochen haben, am Sonntag? Wie hoch wird der Anteil der Wahlbezirke oder der Wahlbevölkerung sein, die gar nicht die Chance bekommen abzustimmen?

Juri Durkot: Also das kann man im Moment sehr schwer einschätzen, die Situation ändert sich jede Stunde und das Problem ist auch, dass sehr viele Informationen nicht bestätigt werden können, da sie aus keiner unabhängigen Quelle stammen. Im Grunde genommen geht man im Moment davon aus, dass in mehr als der Hälfte aller Wahlkreise die Wahlen im Donbass wohl unmöglich sein werden. Das Wahlkomitee hat berichtet, dass etwa 5% der Wahlberechtigten ihre Stimme nicht werden abgeben können. Es ist nicht nur ein Problem, dass die Wahllokale jetzt von den Separatisten

besetzt worden sind. Es ist auch ein Problem, dass die Mitglieder der Wahlkommission eingeschüchtert werden und einfach Angst haben weiterzuarbeiten, aber auch die Stimmung in der Bevölkerung dort ist anders. Es wäre zu einfach, das nur auf diese separatistische Bewegung und auf die russische Unterstützung zu reduzieren. Die Verunsicherung der Bevölkerung dort spielt eine große Rolle und ebenso das Spiel der Oligarchen und der lokalen Eliten dort. Es ist eine andere Situation als in anderen östlichen Regionen. Und der letzte Satz: Die letzte Umfrage hat auch gezeigt, dass im Donbass, also in diesen zwei administrativen Gebieten im fernen Osten der Ukraine, etwa die Hälfte der Bevölkerung überhaupt nicht zu Wahlen gehen will. Es geht jetzt nicht nur darum, dass sie nicht wählen können, sondern sie wollen auch nicht zur Wahl gehen.

Christoph von Marschall: Roland, du bist jetzt schon so lange in Brüssel, du hast das alles davor aus nationaler Perspektive wahrgenommen. Jetzt mal etwas überspitzt gesagt: Wer mal an einem EU-Gipfel teilgenommen hat und die Chance hatte, hinterher die nationalen Pressekonferenzen zu erleben, der hat es mit einem Ereignis und 28 Interpretationen zu tun. So ähnlich ist das bei der Europawahl. Wir haben 28 EU-Mitglieder. In Deutschland wird so getan, als ginge es wesentlich um die Frage, ob Herr Schulz oder irgendjemand anders Direktkandidat zum Amt des Kommissionsvorsitzenden wird. In Polen ist die Europadebatte wesentlich eine Ukrainedebatte, in Frankreich ist es die Front National, in Großbritannien die UKIP, also völlig unterschiedliche nationale Bilder. Aber wir wollen nachher sagen, wir haben über eine EU abgestimmt, was ja voraussetzen würde, dass es da eine gewisse politische Kohäsion gibt. Wie erlebst du diese Dichotomie aus Brüsseler Sicht?

Roland Freudenstein: Natürlich bestehen diese Europawahlen aus 28 nationalen Wahlen, das ist überhaupt kein Geheimnis. Und dennoch würde ich sagen, können wir uns bei der Frage, ob wir jetzt Fortschritte in der europäischen Demokratie machen, auch genauso gut darüber unterhalten, ob das Glas halb leer oder halb voll ist. Es ist vielleicht doch halb voll, weil diese Wahl schon anders ist als die bisherigen und das beruht auf der Tatsa-

che, dass wir zum ersten Mal von fast allen europäischen Parteienfamilien Spitzenkandidaten haben und dass die nun auch, gerade in Deutschland, doch recht intensiv miteinander diskutiert haben – auch zur Hauptsendezeit –, sodass in Deutschland auch noch mehr als in anderen Ländern der Eindruck vorherrscht, da kann man politische Programme nehmen und dann die bestimmten Persönlichkeiten zuordnen und das ist etwas Neues in Europa. Ich glaube nicht, dass wir dadurch schon automatisch eine paneuropäische Wählerschaft haben. Das dauert sicherlich noch sehr lange, aber wir haben durch diese Persönlichkeiten schon das Gefühl, dass wir jetzt ein Stückchen näher sind an einem Wahlkampf, der nun doch irgendwo gesamteuropäischer Programmpunkte bedarf. Diese Kandidaten konnten nicht in einem Land das Gegenteil von dem behaupten, was sie im anderen Land erzählt haben. Das alles stimmt mich relativ optimistisch, dass es diesmal vielleicht auch spannender wird als bei bisherigen Europawahlen, vielleicht auch, weil die zwei großen Parteienfamilien so nah beieinander liegen in den Voraussagen und das aus Gründen, über die wir uns gleich noch unterhalten. Aber ich wollte noch einen Satz zu diesem Datum und zu dieser Symbolik und der Parallele sagen. Ich glaube die ukrainische Prä-



sidentenwahl ist in gewisser Weise eine Europawahl, und zwar als Bestätigung des Majdan, dessen, wofür der Majdan stand, und der Majdan stand eben nicht für eine Himmelsrichtung oder eine Einflussphäre, sondern der stand ja für eine ganz bestimmte politische Erwartung der Bürgerinnen und Bürger oder der meisten Bürgerinnen und Bürger

der Ukraine und das haben wir von Herrn Durkot gerade schon gehört. Im Prinzip geht es doch darum, ein gewisses Maß an Rechtsstaatlichkeit zu haben, möglichst wenig Korruption zu haben, also darum, ein normales modernes Land zu sein. Und ich habe jetzt die ganze Zeit versucht zu vermeiden, Ost und West zu benutzen oder Russland und EU und so weiter, das ist alles zweitrangig. Zuallererst geht es um eine politische Orientierung

zwischen zwei verschiedenen Konzeptionen, wie die Zukunft der Ukraine ist, ob sie auf dem Kurs von Janukowytsch weiterfährt, eben kein Rechtsstaat zu sein, oder ob sie natürlich mit Hilfe der Europäischen Union, mit Hilfe des gesamten Westens in die Richtung eines modernen Landes geht und das ist doch eine unterstützenswerte Sache und das hat auch nichts mit Geopolitik zu tun. Geopolitik ist eines der Worte, das in den letzten Wochen eine gewisse Modeerscheinung geworden ist. Ich glaube, wenn man den Faktor Geographie überhöht, dann impliziert man ja auch, dass bestimmte Länder aufgrund ihrer geographischen Lage andere oder vielleicht weniger Optionen für ihre politische Zukunft, für ihre Bündnisse und ihre Zugehörigkeit haben als Länder, die woanders liegen. Das ist ein Gedanke, den ich absolut ablehne. Genau das können wir Russland beziehungsweise der russischen Regierung in dieser Situation nicht zugestehen, denn das wäre tatsächlich das Umstoßen der europäischen Ordnung.

Christoph von Marschall: Ich habe aus den Augenwinkeln relativ viel Kopfnicken zu dieser These gesehen, was der Majdan will. Man könnte aber auch umgekehrt argumentieren. Man könnte sagen, der Majdan wollte die Mitbestimmung von unten. Er richtete sich auch gegen das korrupte Oligarchen-System. Diese Wahl wird jedoch in jedem Fall dazu führen, dass ein Oligarch Präsident wird und dass die Macht der Oligarchen nicht gebrochen wird. Man könnte vielleicht interpretatorisch sagen, erst kommt die Einheit oder die Rettung des nationalen Zusammenhalts, und die Demokratiefrage wird dann auf irgendwann später vertagt. Oder ist das jetzt zu pessimistisch, Frau Harms?

Rebecca Harms: Vielleicht nochmal zu der Frage der Himmelsrichtung. So wie ich die Ukraine seit Jahrzehnten besucht habe, habe ich den Majdan jetzt in diesem Winter besonders oft besucht und die Wünsche nach Veränderung vernommen. Die waren schon mit einer Himmelsrichtung verbunden, mit einer Orientierung nach Westen. Das abzustreiten, das halte ich jetzt gerade wegen der europäischen Debatte, die ich mit den EU-Europäern gerne führen möchte, für völlig falsch. Ich habe neulich einen Artikel von Janusz Reiter gelesen, da bin ich auf die Vokabel „Selbstrespekt“

gestoßen, und ich glaube, es zeugte von wenig Selbstrespekt, wenn in der EU plötzlich so getan würde, als hätte es diese Richtung in der Bewegung auf dem Euromajdan nicht gegeben und als wäre das irgendwie neutral zu klären, irgendwo im Raum zwischen Russland und der EU. Russland steht eben wirklich für einen ganz anderen Weg, und ich habe in vielen Debatten, auch in vielen Kommentaren, die ich geschrieben habe, immer wieder auf ein Transparent hingewiesen, das mir auf dem Euromajdan begegnet war, ein Transparent, das ich inhaltlich noch für sehr wichtig halte, worauf stand: „Wir lieben die Ukraine. Wir lieben Russland. Wir wollen nicht mehr unter Janukowytschs Knute stehen und wir wollen auch nicht von Putin regiert werden.“ Es war eine eindeutige Abkehr von dem einen und eine eindeutige Hinwendung zu einem anderen und das verpflichtet jetzt ja auch die Europäische Union genauso wie die vorhergehenden jahrelangen Verhandlungen um das Assoziierungsabkommen, die ja diese ganze Hoffnung geweckt hatten, für die die Menschen auf den Euromajdan gegangen sind. Wie Russland jetzt damit umgeht, das ist zu klären. Das ist eben auch die Frage, die, meiner Meinung nach, jetzt europäisch beantwortet werden muss. Da gibt es die großen Unterschiede in der polnischen Reaktion, in der deutschen Reaktion herrscht auch eine größere Gleichgültigkeit, je weiter man nach Westen kommt, das ist auch sicher normal. Dass es um diese Inhalte immer noch Debatten gibt, das verwundert mich nicht, denn mit Oligarchie-Systemen haben wir es nicht nur in der Ukraine zu tun. Die Überwindung dessen, was sich da entwickelt hat in Zentral- und Südosteuropa, sogar innerhalb und außerhalb der Europäischen Union, das gemahnt ja die Europäische Union insgesamt an etwas Unfertiges, das seit 1989, seit 2004 bis 2014 eben noch nicht ausreichend bearbeitet ist.

Christoph von Marschall: Juri, ich will nicht insistieren, aber nochmal an Sie die Frage: Kann bei dieser Wahl die Bestätigung dessen, was der Majdan wollte, überhaupt das Ergebnis sein? Ganz praktisch politisch gesehen: Wer nach dieser Wahl an die Macht kommt, ist das eine Bestätigung dessen, was der Majdan wollte, oder müssen wir die Ukraine so nehmen, wie sie ist? Etwas böse gesagt: Es kommt halt wieder ein Kartell von Oligarchen an die Macht, nur in einer anderen Konstellation.

Juri Durkot: Ich glaube nicht, dass das die Bestätigung dessen ist, was der Majdan tatsächlich gewollt und sich vorgestellt hat. Wir müssen uns eigentlich den Ursprüngen zuwenden und sehen, wie die ganze Bewegung entstanden ist. Das war zunächst ein Protest, beziehungsweise zum Anfang nicht mal ein Protest. Das war zunächst der Versuch, Janukowytsch doch zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu bewegen, und die treibende Kraft waren die Studenten, weil die sich, nachdem die ukrainische Regierung sich dem Abkommen versperrt hat, plötzlich um ihre Zukunft betrogen gefühlt haben. Das war die wichtigste Idee, das war der Anfang. Erst später hat sich das Ganze auch in den Protest gegen das System, in den Protest gegen das brutale und korrupte Regime umgewandelt. Was mich etwas positiver stimmt, ist die Vorstellung, die im Unterschied zu 2004 von Anfang an herrschte: Uns reicht es nicht, dass andere Politiker an die Macht kommen. Wir wollen, dass das System geändert wird. Das war der Tenor. Ob das System sich jetzt gleich ändert, das bezweifle ich eher. Denn man kann sich auch vorstellen, wie die Ausgangssituation ist. Ich habe zwei Tage, nachdem Janukowytsch verschwunden war, und noch lange vor seiner halbherzigen Materialisierung in Rostow geschrieben, dass die ukrainische Regierung eigentlich vor einer unlösbaren Aufgabe steht. Man muss alles von Grund auf reformieren. Angefangen mit der Polizei über die Gerichte, den Nachrichtendienst, den Zoll, alle Behörden, die korrupt waren und ihre eigenen Bürger schikaniert haben. Man muss gleichzeitig die Wirtschaft reformieren, und das in einer Situation, wo die schlimmste Wirtschaftskrise nach der Regierungszeit von Janukowytsch ins Haus steht. Man muss gleichzeitig zumindest den Einfluss der Oligarchen auf die Politik verringern und das alles in einer Situation tun, wo Russland bestimmt versuchen wird, seinen Einfluss in der Ukraine wieder auszuweiten. Ich habe zwar auf die Krim als eine mögliche Hintertür hingewiesen, aber dass es soweit kommt, lag eigentlich außerhalb meiner Vorstellungskraft. Und in dieser Situation kann man auch nicht erwarten, dass die Aufgaben jetzt alle und sofort wirklich gelöst werden. Aber einen gewissen Beigeschmack hat die Geschichte auf jeden Fall. Poroschenko stammt eigentlich aus demselben Milieu wie alle anderen und gilt heute als „der gute Oligarch“, also zumindest als derjenige, der durch seine Medien-

beteiligung für die mehr oder weniger objektive Darstellung der Ereignisse auf dem Majdan gesorgt hat.

Christoph von Marschall: Er verdient sein Geld mit Schokolade und nicht mit Waffengeschäften.

Juri Durkot: Er gehört zum selben Milieu und das macht die Sache so schwierig. Aber auf der anderen Seite muss man auch sehen, dass das Problem des Majdan ist, dass er noch nicht sofort die neuen Politiker herausgebracht hat. Das ist ein Prozess, der etwas länger dauert. Symbolisch ist vielleicht, dass der ehemalige Verteidigungsminister, der übrigens als der am wenigsten korrupte Politiker in der Ukraine angesehen wird, mittlerweile auf dem dritten Rang liegt und sogar Julia Timoschenko den zweiten Platz bei der Wahl abringen kann. Das ist vielleicht die Sehnsucht nach etwas Neuem, nicht Korruptem und nach jemandem, der nicht direkt zu diesen Machttagen Verbindungen hat.

Marzenna Guz-Vetter: Ich denke, dass sich aus dem Euromajdan für alle in der EU eine bedeutende Verpflichtung ergibt, diese Menschen zu unterstützen und ihnen in diesem Reformprozess zu helfen. Wenn wir uns überlegen, wie diese Euromajdan-Bewegung entstanden ist: Es war ja praktisch im kleinen Maßstab so etwas wie die Solidarność-Bewegung in Polen. Man muss auch sagen, dass es in der Ukraine eigentlich schon immer eine sehr starke zivilgesellschaftliche Bewegung gegeben hat, das heißt, die Rolle der Zivilgesellschaft war in der Ukraine sowieso eine stärkere als jetzt in Belarus, Armenien, Aserbaidschan und selbst in Georgien, also in allen anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft. Jetzt haben wir natürlich das folgende Problem, dass die Europäische Union sich verpflichtet hat, die Ukraine finanziell mit enormen Mitteln zu unterstützen: 11 Milliarden Euro von der EU plus 13 Milliarden vom internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Wenn Sie das vergleichen mit Summen, die Polen in den 1990er Jahren aus dem PHARE-Programm bekam, dann waren das 300–400 Millionen Euro pro Jahr. Das heißt, es ist eine hohe Geldsumme, die jetzt in ein Land fließen soll, das weiterhin sehr stark korrupt ist und das keine

stabilen staatlichen Strukturen hat. Seitens der Zivilgesellschaft in der Ukraine wird gleichzeitig auch an die Europäische Kommission sehr stark der Wunsch geäußert, dass man diese in den gesamten Reformprozess stärker einbindet – als eine Art gesellschaftliche Kontrollmacht. Und ich denke, dazu sind wir in der EU verpflichtet. Wir müssen uns dem stellen und wir dürfen jetzt nicht nur reaktiv sein. Wir sind jetzt irgendwie in der Pflicht. Wir können das jetzt nicht voraussagen, wie das mit den Oligarchen wird, ob das gut geht, und noch weniger, wie sich die Lage entwickelt. Aber ich denke, wir müssen viel tun und wir können auch viel tun. Wir können z.B. Informationsbüros der EU neben Kiew auch in anderen Städten der Ukraine errichten. Wir können die Städtepartnerschaften reaktivieren, die wir haben. Wir können auf der lokalen Ebene viel machen. Wir müssen nur proaktiver und auch mutiger sein und erkennen, dass das jetzt nicht einfach vorbei ist. Man kann die jetzt nicht alleine lassen, wenn wir da was bewirken wollen.

Christoph von Marschall: Ich möchte den Blick wieder auf die Paralleli-tät dieser beiden Entwicklungen zurücklenken. Gerade wurde gesagt, die Mittel für die Ukraine seien wesentlich größer als das, was die ostmitteleu-ro-päischen Reformländer bekamen. Zuvor wurde auch schon gesagt, dass die administrative Aufnahmefähigkeit der Ukraine wesentlich geringer ist. Unter dem Strich wird das doch nicht zu mehr Akzeptanz von Europa füh-ren, wenn vermutlich wesentlich mehr Geld gegeben wird, das man aber gar nicht unter Kontrolle halten kann, weil die ukrainischen administrati-ven Bedingungen so sind, wie sie sind. Da wird doch wohl ein Eindruck von Missbrauch bleiben. Was bedeutet das am Ende? Ich denke an das, was Juri gerade sagte: Am Ende kommt eben nicht das heraus, was der Majdan wollte. So ähnlich ist es auch mit der Europawahl, um wieder eine Parallele zu ziehen. Hier in Deutschland wird uns erklärt, es ist ein Durchsetzungs-kampf, in dem das Parlament sich zur Wehr setzt, und es wird endlich eine aus dem Parlament hervorgehende Regierung geben, so wie es sein soll. So wird es am Ende auch nicht sein, Roland, oder? Überfordern wir nicht die Leute? Wir halten denen ständig gut gemeinte Dinge hin, wie toll das alles wird, wenn mal die richtige Dynamik hineinkommt, und am Ende sagen

die Leute: Es ist nicht das, was uns versprochen wurde.

Roland Freudenstein: Ich glaube, man muss einen langen Atem entwickeln, nicht nur was die Ukraine angeht. Und in der Ostpolitik der EU haben wir ganz bestimmt in den letzten zehn, fünfzehn Jahren einen zu kurzen Atem gehabt und die Ergebnisse viel zu schnell erwartet. Ich befürchte, und das ist eben die Parallele, es geht auch in Brüssel und Straßburg manches nicht so schnell, wie wir uns das vielleicht erhoffen, und man muss da vielleicht etwas strategischer herangehen. Man muss sagen, wir haben enorme Fortschritte gemacht in den letzten Jahren und das erschöpft sich nicht mit der Frage der „Spitzenkandidaten ja oder nein“, sondern wir haben die Verträge über die Europäische Union geändert. Wir haben enorm zugelegt bei den Mechanismen der Solidarität und Solidität in der Eurozone und das hat ja positive strategische Auswirkungen, aber die sind weder heute noch morgen sichtbar. Wollen wir mal abwarten, wie die Wahlbeteiligung ist. Sie ist seit 1979 stetig nach unten gegangen. Gelingt es in dieser Wahl, das zumindest anzuhalten und vielleicht sogar den Trend ein bisschen umzukehren? Das wäre doch schon mal was! Ich meine, dass wir in den letzten fünf Jahren durch eine Krise gegangen sind und jetzt langsam aus der Krise rauskommen und dass wir z.B. in Ländern wie den Niederlanden ein ermutigend schwaches Ergebnis der Populisten haben, das ist doch schon mal was. Ich würde es nicht so hoffnungslos sehen, dass es immer wieder dasselbe ist, sondern wir haben ein paar Fortschritte zu verzeichnen, auf die wir auch stolz sein können.

Christoph von Marschall: Wir gehen schon stark auf die eigentlich gedachte Schlusszeit zu. Aber mich würde jetzt noch eine Antwort von allen Gästen auf diese Frage interessieren: Montagfrüh, oder meinerwegen Montagmittag, haben wir endlich die Ergebnisse. Stellen Sie sich Ihr jeweiliges Publikum vor. Was wird dann nach Ihrer Erwartung die Debatte beherrschen? Werden wir diskutieren, wie viel Prozent die Rechtsradikalen oder Rechtspopulisten bekommen haben, und falls das Ergebnis dann bei 25% liegt oder vielleicht auch nur bei 18%, weil die Niederlande nicht der einzige Staat sind, wo es nicht ganz so schlimm kommt. Wird das die De-

batte beherrschen? Oder werden wir ganz erleichtert sein, wenn wir die Sitzverteilung sehen? Denn das wird in Deutschland oft übersehen, weil wir ein proportionales Wahlsystem haben und denken, 25% für eine Partei bedeutet auch 25% der Sitze. In Europa wird das anders ausgehen, wenn die Fachleute Recht haben: Selbst wenn die Rechten 25% bekämen, kriegen sie trotzdem nur 10 bis 11% der Sitze im Europaparlament, weil das Wahlsystem diese Auswirkungen auf das Wahlergebnis hat. Wird es dann Erleichterung geben? Oder wird man über die Ukraine diskutieren? Was ist Ihre Erwartung für dieses „Europa am Scheideweg“? Was, glauben Sie, ist die Lehre am Montagfrüh, was uns dieser Sonntag und diese Abstimmungen in 28 Ländern plus einem (die Ukraine) mitteilen wollen, was wir lernen sollen?

Rebecca Harms: Ich habe bis Januar sehr viel Wahlkampf überall in Europa gemacht und ich war bis Ende Februar, Anfang März immer wieder in der Ukraine und jetzt in den letzten sechs Wochen bin ich nur noch in Deutschland unterwegs gewesen als deutsche Spitzenkandidatin und ich habe in diesen letzten sechs Wochen in erster Linie über Deutschland und Europa nachgedacht. Ich befürchte, es kann nicht anders sein, als dass wir nach dieser Europawahl nochmal neu über Deutschland in Europa nachdenken und diskutieren müssen, weil sich mein Eindruck verstärkte, dass die Deutschen vergessen haben, dass Geschichte nicht vergeht. Und dass den Deutschen als Nation nicht mehr genügend gegenwärtig ist, wie sie selber als Nation so werden konnten, wie sie heute sind. Sie hätten es nicht werden können ohne die europäische Solidarität am Anfang. Und sie hätten es nach 1989 nicht werden können ohne die europäische Solidarität. Sie haben völlig vergessen, wie viel Transfer, wie viel Unterstützung nach 1950 notwendig gewesen war, um die Voraussetzungen zu schaffen, mit denen auch Linke heute sagen können, ja, wir sind in diesem Deutschland auch patriotisch, weil es eben dieses europäische Deutschland gibt. Die Deutschen sind die Krisengewinner in den letzten fünf Jahren gewesen und in diesem Wahlkampf hat sich das für mich oft so angefühlt, als hätten die Deutschen die Krise verloren, als hätten sie alleine gezahlt und immer wieder draufgezahlt, als wären wir die Griechen. Für mich hat sich das

Ganze dann in dieser Debatte um die Ukraine nochmal neu in eine große Herausforderung für die Zeit nach der Wahl gewendet, was zu Recht immer wieder auch in der Auseinandersetzung mit den USA angeführt wird, warum in Deutschland so große Zweifel an der Analyse dessen aufgetreten sind, was und wer das europäische Friedensprojekt jetzt im Osten bedroht. Und dass in Deutschland so viele denken, dass der Nationalismus Kiews die europäische Friedensordnung gefährdet, dass es so wenig Respekt gibt für Bürger in der Ukraine, die ihr Schicksal demokratisch selber bestimmen wollen, und so viel Verständnis für den Nationalismus Putins, das hat mich wirklich schwer beschäftigt. Es ist eine große Herausforderung für die deutsche Debatte in Europa, eine große Herausforderung auch, die innereuropäischen Verhältnisse neu zu klären und eben diese gemeinsame Politik in Richtung Osten neu zu bestimmen, und da wird es sehr stark um Solidität in der Europäischen Union gehen. Ich war nie ein Gegner der Solidität, aber es wird auch neu um Solidarität gehen. Alles das, wovor wir uns jetzt als Deutsche im Osten fürchten. Aber wenn wir uns nur davor fürchten, dann werden wir niemals in der Lage sein, die Europäische Union so, wie sie heute ist, tatsächlich weiter zu verteidigen und zu entwickeln.

Christoph von Marschall: Marzenna, Montagvormittag, die Dienstbesprechung in der Vertretung der EU-Kommission Unter den Linden, man überlegt, was der Chef beim Pressegespräch sagen soll und welche Veranstaltungen organisiert werden müssen. Was erwartest du? Was ist die Botschaft dieses „28+1 Wahlsonntags“?

Marzenna Guz-Vetter: Wir müssen schneller sein als Montag. Wir müssen unsere Berichte aus allen EU-Mitgliedsstaaten am Sonntag um 23:00 Uhr abliefern. Wir beobachten das natürlich ganz genau, die Vertretungen in allen 28 Ländern, die Kommission steht ja jetzt nicht zur Wahl, sondern erst Mitte Juli, denn dann werden die Vorschläge der Staats- und Regierungschefs bekannt sein und dann muss sich das neue Europäische Parlament für oder gegen den vorgeschlagenen Kommissionspräsidenten äußern. Insofern ist der Ausgang dieser Europawahl natürlich sehr wichtig. Aber ich denke, dass uns während des Wahlkampfes vieles klar geworden ist, wo die

deutsche Bevölkerung der Schuh drückt. Ob uns das gefällt oder nicht. Das erste ist die Bürokratie in Brüssel. Man wird eine Selbstbeschränkung der Gesetzgebung in die Wege leiten müssen, das hat auch Kommissionspräsident Barroso hier bei seiner Humboldt-Rede unterstrichen. *Less is more*. Das heißt, es gibt keine Akzeptanz für so viel legislativen Dschungel. Die Leute verstehen Europa nicht mehr. Das zweite, in Bezug auf die deutsche Debatte, sind viele Gegenstimmen gegen das Handelsabkommen mit den USA. Das ist sicherlich auch ein Punkt, wo es Unterschiede zwischen Polen und Deutschland gibt. Datenschutz, die Übermacht von Google, was können wir dagegen tun? Und natürlich auch das Thema Sozialtourismus. Das ist ein Thema, was für die deutsch-polnischen Beziehungen sehr wichtig ist. Denn wenn Sie sich die Artikel anschauen, die selbst in der FAZ erschienen sind, in einer Tonlage, wo man Leuten einfach de facto das Recht abspricht, Kindergeld zu bekommen, obwohl sie hier normal im Rahmen von verschiedenen Verträgen arbeiten und hier auch Steuern zahlen. Es geht hier um Polen, Tschechen oder Ungarn. Wo man sich noch freuen sollte, dass diese Kinder in Polen sind und da zahlt der polnische Steuerzahler für die Schulen dieser Kinder. Außerdem sind das finanziell betrachtet peanuts, aber das bestimmt die Debatte und das sind auch die Fragen, die bei unseren Debatten zusammenkommen und auch in unserem Infopoint, den wir am Pariser Platz haben. Diese Europawahl wird für viele, nicht nur für die Kommission, sondern auch für das Europäische Parlament, aber natürlich auch für die europäischen Politiker, ein Denktzettel sein.

Christoph von Marschall: Lieber Roland, du leitest einen Think Tank in Brüssel. Was sind die Herausforderungen, mit denen du dich nächste Woche beschäftigst? Was du anschieben, klären, diskutieren musst?

Roland Freudenstein: Montagmorgen stehen zwei große Fragestellungen an: Wie stark ist der Sieg der Populisten? Was folgt daraus? Nach meiner Meinung folgt daraus viel weniger, als in den letzten Monaten gedacht wurde, vor allen Dingen in den Medien, aber auch von vielen Politikern, denn es wird nicht einen populistischen Block geben, die unterscheiden

sich doch enorm untereinander, die gehen eigentlich auch nicht in Ausschusssitzungen, die schreiben auch keine Berichte und die gehen in die Plenarsitzungen in der Hoffnung, dass da eine Kamera ist, wo sie dann auf einem YouTube-Clip vor ihrer eigenen Klientel glänzen können. Das Falscheste, was man daraus als Schluss ziehen könnte, wäre zu sagen: Jetzt müssen alle proeuropäischen Kräfte zusammenrücken, da wird die Erzählung der Populisten genau bestätigt, was diese Damen und Herren auf dem Berlaymont-Hügel in Brüssel angeht. Die können ihre Gesichter schwarz, rot, grün oder gelb anmalen, die wollen alle dasselbe, nämlich mehr Europa und das heißt weniger Macht für die Bürger usw., ich paraphasiere jetzt. Diese Erzählung sollte man nicht unterstützen, diesen Gefallen sollte man ihnen nicht tun und deswegen müssen wir weiter durchaus unterschiedliche Perspektiven für die Zukunft der EU entwickeln. Das zweite Thema wird der Kommissionspräsident sein. Wer kriegt dieses Amt? Und vielleicht wird auch das in den nächsten Wochen ein wenig überbewertet, das kann durchaus sein. Denn egal, wer es wird, er oder sie wird sich mit vielen politischen Kräften auseinander- und zusammensetzen müssen, wird vielen vieles versprechen müssen. Das war auch in vergangenen Kommissionen schon mal so und insofern ist vielleicht diese eine Personalie nicht so fürchterlich entscheidend. Aber die große Herausforderung ist, glaube ich, natürlich die Konfrontation mit Putins Russland, die uns die nächsten Monate und Jahre beschäftigen wird. Und es hat für die Strukturen und für die Strategien der Europäischen Union enorme Auswirkungen. Das hat Auswirkungen auf die Energiepolitik. Die polnische Regierung hat einen sehr bedenkenswerten Vorschlag zu einer Energieunion gemacht, die uns politisch von Russland unabhängiger macht. Die Politik der Östlichen Partnerschaft, wir haben es schon ein paarmal genannt, braucht einen längeren Atem, eine größere Konzentration auf die Zivilgesellschaften, größere Betonung von vielleicht zunächst mal Rechtsstaatlichkeit und dann vielleicht Entwicklung von politischen Parteien, beides ist wichtig. Aber auf jeden Fall dürfen wir das nicht aus den Augen verlieren und vielleicht mal die Östliche Partnerschaft und das transatlantische Verhältnis neu konzipieren. Natürlich ist das nächste große Projekt das Investitions- und Handelsabkommen mit den USA und wenn wir im Osten weniger verdie-

nen, was nicht unsere Schuld ist, sondern vor allen Dingen daran liegt, dass Russland sich nicht modernisiert, dann müssen wir im Westen mehr verdienen. Und das heißt natürlich, dass wir zu einem gemeinsamen Regelungsmechanismus, zu einem gemeinsamen Rechtsrahmen für Handel und Investitionen kommen müssen und dass dabei unsere Standards gewahrt bleiben müssen und die der Amerikaner auch. Das ist vollkommen klar, aber wir müssen da zulegen, wenn wir weiter nachhaltig aus der Krise kommen wollen.

Christoph von Marschall: Juri, man kann ziemlich sicher sagen, dass man Montagfrüh in Lemberg und Kiew nicht in erster Linie diskutieren wird, wie stark die UKIP geworden ist oder der Front National oder wie die Griechen abgestimmt haben. Aber worüber wird man diskutieren? Worauf sollen wir achten?

Juri Durkot: Ich glaube, die Diskussion wird sich nicht stark verändern nach dieser Wahl, wobei die ukrainische Wahl vielleicht am Sonntag nicht ganz abgeschlossen ist. Man weiß nicht, wird es eine Stichwahl geben oder kann Poroschenko schon im ersten Wahlgang gewinnen? Auf jeden Fall wird das nicht sofort zur Beruhigung der Situation führen und wir werden uns noch längere Zeit mit dem Konflikt beschäftigen müssen. Ich hoffe aber sehr, dass die Ukrainer nach dieser Wahl mehr Mut und Entschlossenheit haben, sich für die Demokratie einzusetzen und für die Demokratie zu kämpfen, und dass die Gesellschaft auch bereit ist, ihre Politiker zu kontrollieren. Wenn die Gesellschaft das nicht schafft, gibt es eigentlich kaum Chancen, dass das Land sich verändert, und ich hoffe auch, dass die EU Mut und Entschlossenheit hat. Beide Seiten brauchen dafür einen langen Atem, die Ukrainer auf diesem Weg zu unterstützen. Und manchmal muss man eine Konfrontation in Kauf nehmen, wenn man deeskalieren will. Und ich glaube, in der Ukraine hofft man, dass die EU letztendlich ihre Größe auch im Großen zeigen wird und nicht nur im Kleinen.

Christoph von Marschall: Über den einen Satz werden wahrscheinlich viele Deutsche nochmal genau nachdenken müssen. „Man muss Kon-

frontation riskieren, wenn man deeskalieren will.“ Das ist nicht das ganz typische deutsche Denken, aber sehr interessant. Zwei kurze Rückfragen, weil Sie auf die Möglichkeit der Stichwahl hingewiesen haben. Was soll man sich denn wünschen, wenn einem vor allem die Stabilität und die Sicherheit der nächsten Wochen am Herzen liegen? Soll man sich geradezu wünschen, dass es im ersten Wahlgang entschieden wird, weil weitere drei Wochen Hängepartie ein zusätzliches Sicherheitsrisiko darstellen? Oder ist die Situation jetzt gar nicht mehr so prekär, wenn die Wahl einigermaßen geordnet abläuft?

Juri Durkot: Ich glaube nicht, dass diese zwei Wochen wirklich entscheidend sind, insofern spielt das aus meiner Sicht keine entscheidende Rolle, ob wir jetzt im ersten Wahlgang einen Präsidenten wählen oder erst zwei Wochen später. Die Situation ist prekär, man kann nicht behaupten, dass sie sich beruhigt hat. Im Gegenteil: In den letzten Tagen haben wir im Donbass eher eine Verschärfung der Lage beobachtet. Und da ist kein direkter Zusammenhang sichtbar, ob jetzt die Wahl am Sonntag zu Ende ist oder nicht. Man darf dort auch weiter das machen, was man bisher gemacht hat. Die Separatisten terrorisieren zumindest einen Teil der Bevölkerung. Die ukrainische Armee versucht ziemlich unglücklich gegen die Separatisten vorzugehen und das alles endet in einem Chaos und in einer Tragödie.

Christoph von Marschall: Was sollte denn idealerweise passieren, damit Herr Putin sich leichter entscheiden kann, ob er das Wahlergebnis nur respektiert oder ob er es anerkennt?

Juri Durkot: Ich denke, Putin hat sich hinsichtlich dieser Wahl auch mehrere Optionen ausgedacht. Die Tür, dass er die Wahl nicht akzeptiert, steht für ihn, glaube ich, offen. Er hat sich auch nicht darauf festgelegt, ob er die Wahl akzeptieren wird oder nicht. Die Situation im Donbass könnte ihm dabei in die Hände spielen. Man kann immer das Argument vertreten, in zwei großen Gebieten gab es keine regulären Wahlen und insofern kann man auch die Wahlen nicht akzeptieren. Er argumentiert auch z.B. damit, dass der alte Präsident eigentlich noch am Leben ist, und er hält ihn für

den richtigen Präsidenten. Es ist noch nicht ganz klar, ob Putin tatsächlich bereit ist zu deeskalieren. Er wird sich womöglich von den Separatisten ein wenig distanzieren, aber das bedeutet noch lange nicht, dass Russland wirklich seine Politik ändert.

Christoph von Marschall: Ja, meine Damen und Herren, es gab, glaube ich, viele Anregungen zum weiteren Dialog. Janusz Reiter hat in seiner Grundsatzrede gesagt: Es gibt das Risiko, dass wir Russland und die Ukraine verlieren. Nach der Debatte hat man auch ein bisschen das Gefühl, Europa riskiert, dass es sich selber ein bisschen verliert, wenn nicht die richtigen Konsequenzen gezogen werden oder die richtigen Debatten auf diese Wahl folgen. Die Diskussion wird jetzt mit einem Glas in der Hand fortgesetzt, weil es sich da vielleicht etwas besser spricht. Vielen Dank der Robert Bosch Stiftung für die Gastfreundschaft, vielen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie gekommen sind!

Teilnehmer

Roland Freudenstein wurde 1960 in Bonn geboren. Nach einem zweijährigen freiwilligen Militärdienst studierte er Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Japanstudien und Internationale Beziehungen in Bonn und Los Angeles. Anschließend an seine Tätigkeit als Forschungsstipendiat an der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. wurde Freudenstein 1990 zum Mitglied des Planungsstabes für Außenpolitik der EU-Kommission in Brüssel. Des Weiteren übernahm er die Leitung des Warschauer Büros der Konrad Adenauer Stiftung und wurde nachfolgend leitender Mitarbeiter der Zentrale der KAS in Berlin. Nach seiner Rückkehr nach Brüssel in 2004 repräsentierte er den Staatstaat Hamburg bei der Europäischen Union.

Seit 2008 ist Freudenstein Forschungsleiter und stellvertretender Direktor im „Wilfried Martens Center for European Studies“ in Brüssel. Im Rahmen zahlreicher Debatten und Publikationen befasste sich Freudenstein umfassend mit der Europäischen Integration, internationaler Sicherheit, Deutsch-Polnischen Beziehungen, global democracy support sowie mit den Entwicklungen im Nahen Osten.

Janusz Reiter wurde 1952 im polnischen Kościerzyna geboren. Nach einem Studium der Germanistik, Philosophie und Soziologie an der Universität Warschau, arbeitete Reiter ab 1977 als Redakteur der Auslandsredaktion der Tageszeitung „Życie Warszawy.“ Er war Redaktionsmitglied und Mitbegründer zahlreicher oppositioneller Zeitschriften. 1984 wurde er Kommentator der katholischen Zeitschrift „Przegląd Katolicki“, später auch der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ sowie des Polnischen Fernsehens.

In 1990 wurde Reiter von Tadeusz Mazowiecki zum Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland berufen. Ein Jahr nach dem Ende seiner Dienstzeit, in 1996, gründete Reiter das Zentrum für Internationale Beziehungen in Waschau, welches er als Direktor leitet. Desweiteren war Reiter Mitbegründer des Rates für Außenpolitik. 2005 bis 2007 war er als Botschafter der Republik Polen in den Vereinigten Staaten tätig.

Für sein Engagement in der deutsch-polnischen Beziehungsarbeit erhielt

Reiter 1995 das Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, sowie 2002 den Viadrina-Preis der Europa-Universität Frankfurt (Oder).

Juri Durkot (1965) ist Journalist, Publizist und Übersetzer. Er hat in Lemberg und in Wien Germanistik studiert. Anfang der 1990er Jahre arbeitete er für österreichische Zeitungen. Von 1995 bis 2000 war Durkot Pressesprecher der ukrainischen Botschaft in Deutschland. Seit Ende 2000 ist er als freier Journalist, Publizist, Übersetzer und Produzent tätig. Zahlreiche Produktionen und Kommentare für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. In seiner Funktion als Dolmetscher arbeitet Durkot u.a. für den Deutschen Bundestag und die Bundesministerien. Zudem sind im Suhrkamp-Verlag zwei Bücher ukrainischer Autoren in Übersetzung von Juri Durkot erschienen. Er lebt derzeit in seinem Geburtsort Lemberg und verfolgt die Entwicklungen in der Ukraine aus nächster Nähe.

Marzenna Guz-Vetter ist als Beamte der Europäischen Kommission seit 2008 in der Politischen Abteilung der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin unter anderem zuständig für Fragen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Erweiterungspolitik tätig. Von 2005 bis 2008 war sie Leiterin der Politischen Abteilung bei der Vertretung der EU Kommission in Polen. Vor dem Eintritt in die EU Kommission war Guz-Vetter Redakteurin beim Polnischen Rundfunk und als Korrespondentin von „Financial Times Deutschland“ in Polen sowie für die „Gazeta Wyborcza“ in Ungarn tätig. 2007 wurde sie mit einer Arbeit über die Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung für das Deutsch-Polnische Grenzgebiet an der Universität Wrocław (Breslau) promoviert. Sie ist Autorin zahlreicher Studien über die Vorbereitung der polnischen Verwaltung auf die effektive Nutzung von EU-Strukturgeldern.

Rebecca Harms (1956) ist Politikerin und Vorsitzende der Europäischen Grünen Fraktion im Europäischen Parlament. Nach dem Abitur und der Ausbildung zur Landschaftsgärtnerin starkes umweltpolitisches Engagement. Seit den 1980er Jahren zahlreiche Aufenthalte in Osteuropa (Tschernobyl, Wahlbeobachtung, Besuch von Julia Timoschenko, Euromajdan). Von 1994 bis 2004 war sie Mitglied des Niedersächsischen Landtags und dort bis 2004 Fraktionsvorsitzende der Grünen. 2004 wurde Rebecca Harms ins Europäische Parlament gewählt. Sie ist Mitglied der Delegation im Ausschuss für parlamentarische Kooperation EU-Ukraine. Als Fraktionsvorsitzende beschäftigt sich Harms thematisch mit allen wichtigen Fragen der Europapolitik, derzeit speziell mit den Ereignissen in der Ukraine und in Osteuropa.

Christoph von Marschall (1959) ist Journalist und diplomatischer Korrespondent der Chefredaktion bei der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“. Von Marschall studierte Osteuropäische Geschichte und Politikwissenschaft in Freiburg, Mainz und Krakau. Promotion 1988 in Freiburg über „Freiheit in der Unfreiheit. Die nationale Autonomie der Polen in Galizien nach 1867“. Berufseinstieg bei der „Süddeutschen Zeitung“ im Jahr 1989. Augenzeuge der Massenflucht von DDR-Bürgern durch Ungarn sowie des Sturzes der kommunistischen Regime in Rumänien und Bulgarien. 1991 Wechsel zum „Tagesspiegel“ nach Berlin, als Redakteur der Seite 3. 1995 bis 2005 Leiter der Meinungsseite mit speziellem Interesse am demokratischen Umbruch in Ostmitteleuropa und der Integration dieser Länder in Nato und EU. Seit 2005 Leiter des Büros Washington. Im Präsidentschaftswahlkampf seit Frühjahr 2007 regelmäßig mit Barack Obama unterwegs. Nach dessen Einzug ins Weiße Haus einer der wenigen Korrespondenten mit „White House Press Pass“.

Europa am Scheideweg –
Vor den Europawahlen und den ukrainischen Präsidentenwahlen
3. Berliner Gespräch des Deutschen Polen-Instituts

Onlinepublikation des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt e.V.
Mathildenhöhweg 2, 64287 Darmstadt

Redaktion: Andrzej Kaluza, Jutta Wierczimok

Fotos: Reiner Zensen

Umschlagmotiv: Dubbel Späth

Layout: Alicja Kurek

Darmstadt 2014

www.deutsches-polen-institut.de